



Datenschutzerklärung

1. Verantwortlicher im Sinne der DSGVO: „Tut gut! Gesundheitsvorsorge GmbH, Mag. Alexandra Pernsteiner-Kappl, p.A. Purkersdorfer Straße 8/1/5, 3100 St. Pölten (Tel.: +43 (0) 2742/ 90 11, E- Mail: office@noetutgut.at).
2. Datenschutzbeauftragte: Mag. Eva Kostial, Purkersdorfer Straße 8/1/5, 3100 St. Pölten (Tel.: +43 676 858 70 34515, E- Mail: eva.kostial@noetutgut.at).
3. Zweck der Datenverarbeitung ist die Verwaltung von „Vorsorge Aktiv“ – Gruppen: Teilnehmendenverwaltung, Information und Evaluierung im Rahmen des Programmes.
4. Betroffene Personen können sich jederzeit an die Verantwortliche wenden, wenn sie der Meinung sind, dass Datenverarbeitungen rechtswidrig erfolgt sind. Sie haben darüber hinaus selbstverständlich das Recht zur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde. Derzeit ist das in Österreich die Datenschutzbehörde, Barichg. 40-42, 1030 Wien (Tel.: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at).
5. Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerspruchsrecht:
 - 5.1. Betroffene Personen haben das Recht, vom Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob und in welchem Ausmaß dieser ihre personenbezogenen Daten verarbeitet.
 - 5.2. Betroffene Personen haben das Recht, vom Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten sowie die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.
 - 5.3. Betroffene Personen haben nachfolgendes Recht auf Löschung:

Daten werden gelöscht, wenn einer der nachfolgenden Gründe zutrifft. Betroffene Personen haben außerdem das Recht, dies vom Verantwortlichen zu verlangen.



- Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich.
- Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft erhoben.

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist:

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben h und i sowie Artikel 9 Absatz 3 Datenschutz - Grundverordnung;
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Artikel 89 Absatz 1 Datenschutz - Grundverordnung, soweit das Recht auf Löschung voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.



Anstatt die personenbezogenen Daten zu löschen, kann der Verantwortliche deren Verarbeitung einschränken, wenn die betroffene Person die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestreitet und die Richtigkeit oder Unrichtigkeit nicht festgestellt werden kann, oder die personenbezogenen Daten für Beweiszwecke im Rahmen der Wahrnehmung einer ihm gesetzlich übertragenen Aufgabe weiter aufbewahrt werden müssen.

Wenn Daten anonymisiert werden, wird jeder Personenbezug endgültig entfernt, sodass auch die Lösungsverpflichtung entfällt.

5.4. Betroffene Personen haben nachfolgendes Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von der betroffenen Person bestritten, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
- die Verarbeitung ist unrechtmäßig und die betroffene Person lehnt die Löschung der personenbezogenen Daten ab und verlangt stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten;
- der Verantwortliche benötigt die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger, die betroffene Person benötigt sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, oder
- die betroffene Person hat Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 Datenschutz - Grundverordnung eingelegt, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.



Wurde die Verarbeitung eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Eine betroffene Person, die eine Einschränkung der Verarbeitung erwirkt hat, wird von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

5.5. Betroffene Personen haben nachfolgendes Recht auf Datenübertragbarkeit:

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder auf einem Vertrag beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

Bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit hat die betroffene Person das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Das Recht darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.



5.6. Betroffene Personen haben nachfolgendes Recht auf Widerspruch:

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, Widerspruch einzulegen, wenn die Datenverarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde oder zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Im Widerspruchsfall verarbeitet der Verantwortliche die personenbezogenen Daten nur mehr dann, wenn zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung bestehen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, so hat die betroffene Person das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Im Widerspruchsfall werden die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die sie betreffende Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die zu wissenschaftlichen



oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gemäß Artikel 89 Absatz 1 erfolgt, Widerspruch einzulegen, es sei denn, die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich.

6. Die Bereitstellung der Daten ist vertraglich vorgeschrieben bzw. für den Vertragsabschluss erforderlich.

Die betroffene Person ist nicht vertraglich verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Die Nichtbereitstellung hat zur Folge, dass eine Teilnahme am Programm „Vorsorge Aktiv“ nicht möglich ist.

Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung zur Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

7. Die Daten werden für die Dauer der Programmteilnahme und anschließend 7 Jahre gespeichert.
8. Folgende Daten werden an die für den jeweiligen Kurs zuständigen „Vorsorge Aktiv“-Betreuerinnen und Betreuer weitergeleitet: Anrede, Titel, Vorname, Nachname, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Gesundheitsdaten. Der zuvor genannte Empfänger ist Auftragsverarbeiter der „Tut gut!“ Gesundheitsvorsorge GmbH.